

Antrag

der Abgeordneten Dr. Wilhelm Priesmeier, Willi Brase, Petra Crone, Gabriele Groneberg, Elvira Drobinski-Weiß, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrich Kelber, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Holger Ortel, Heinz Paula, Rita Schwarzelühr-Sutter, Kerstin Tack, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Förderung des ökologischen Landbaus – Wachstumspotentiale in Deutschland für deutsche Produzenten erschließen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland hat in seiner nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einen Nachhaltigkeitsindikator für ökologische Landwirtschaft festgelegt. 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche sollen in den nächsten Jahren ökologisch bewirtschaftet werden. Jedes Jahr werden die Nachhaltigkeitsindikatoren ermittelt und veröffentlicht. Jedes Jahr werden für den ökologischen Landbau Zuwächse verkündet. Vom 20-Prozent-Ziel ist der ökologische Landbau in Deutschland jedoch noch meilenweit entfernt. Denn im Jahr 2011 wurden nur 6,1 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet.

Das 20-Prozent-Ziel wurde ohne Zieldatum verabschiedet. Die Förderung des ökologischen Landbaus wird auf die lange Bank geschoben. Die schwarz-gelbe Bundesregierung verzögert den Ausbau weiter, indem sie ohne Grund das Bundesprogramm Ökologischer Landbau auf andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft erweitert.

Das Statistische Bundesamt stellt in seinem Bericht „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2012“ Folgendes fest: „Ökologischer Landbau ist besonders auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Er erhält und schont die natürlichen Ressourcen in besonderem Maße, hat vielfältige positive Auswirkungen auf Natur und Umwelt und dient der Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel. Darüber hinaus leistet er einen Beitrag zur Pflege und zum Erhalt der Kulturlandschaft und zur Sicherung der Beschäftigung im ländlichen Raum. Zu den Anbauregeln gehören insbesondere möglichst geschlossene Betriebskreisläufe, der Verzicht auf leichtlösliche mineralische Düngemittel und chemisch synthetische Pflanzenschutzmittel sowie auf gentechnisch veränderte Organismen.“

Diese positiven Effekte werden von immer mehr Verbraucherinnen und Verbrauchern geschätzt. Die inländische Produktion ökologischer Rohstoffe bleibt weit hinter der Nachfrage zurück und kann die Wachstumspotentiale nicht ausschöpfen. Besonders die Importe von Produkten, die auch in Deutschland angebaut werden könnten, machen dies deutlich. So wurden 28 Prozent aller verkauften Biokartoffeln, 48 Prozent aller verkauften Biomöhren und 50 Prozent aller verkauften Bioäpfel in anderen Ländern angebaut. So erklärt sich auch, dass der

Umsatz mit Biolebensmitteln um 9 Prozent im Jahr 2011 gestiegen ist, während die Fläche mit ökologischem Anbau nur um 3,2 Prozent zugenommen hat.

In Deutschland fehlt eine einheitliche und auf Dauer angelegte Strategie zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft. Das bisherige Nebeneinander von unspezifischen Direktzahlungen aus Brüssel und freiwilligen Agrarumweltmaßnahmen auf der Länderebene führt nicht zu einer systematischen Stärkung der ökologischen Landwirtschaft. Viele punktuelle Initiativen zeigen, wie sich Landwirtschaft mit Natur-, Klima-, Tier- und Artenschutz unter wirtschaftlichen Maßgaben vereinen lässt. Diese Initiativen müssen nun in eine umfassende Strategie eingebettet werden, damit mehr Landwirte auf die ökologische Produktionsweise umstellen. Eine Anpassung der Förderung der ökologischen Landwirtschaft an die Bedürfnisse der Produzenten ist erforderlich, damit die wachsende Nachfrage befriedigt, nachhaltige und ökologische Produktionsweisen in der Landwirtschaft implementiert und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

Das politische Leitziel muss sein, dass möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe mit unterschiedlicher Größe, Produktionsausrichtung und Beschäftigungsstruktur auf eine ökologische Produktionsweise umstellen und diese beibehalten können. Ein klares politisches Bekenntnis zur Vorzüglichkeit des ökologischen Wirtschaftens und eine Verstetigung der Förderprogramme sind das Gebot der Stunde.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel zur Umstellung auf ökologische Landwirtschaft auf 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis zum Jahr 2020 festzulegen;
2. den ökologischen Landbau als Goldstandard für die landwirtschaftliche Produktion festzulegen;
3. die Voraussetzungen zu schaffen, dass die ökologische Landwirtschaft durch Bundesprogramme besonders gefördert werden kann;
4. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) eine Verstetigung und die Attraktivität der Umstellungsprämien von konventioneller zu ökologischer Landwirtschaft sicherzustellen;
5. die Öffnung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau für andere landwirtschaftliche Produktionsverfahren ohne finanzielle Kürzungen rückgängig zu machen;
6. die Forschungsförderung für ökologischen Landbau im Ressortbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu bündeln und dabei insbesondere die Pflanzen- und Tierzucht auf die Besonderheiten der ökologischen Produktionsweise auszurichten;
7. das öffentliche Beschaffungswesen der Bundesverwaltung zu nutzen, um den qualitativ hochwertigen ökologischen Lebensmitteln den Weg in die öffentlichen Kantinen zu erleichtern;
8. innerhalb der Produktionskette für ökologisch produzierte tierische Lebensmittel hohe Tierschutzanforderungen umzusetzen, artgerechte Haltungsbedingungen und möglichst kurze Transportzeiten anzustreben und die Schlachtbedingungen so auszugestalten, dass die Schlachttiere möglichst stressfrei geschlachtet werden;

9. in der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen flächendeckenden Mindestlohn festzulegen sowie ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitssicherheit in der Landwirtschaft zu legen;
10. über die Bundesagentur für Arbeit ein Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramm für die ökologische Landwirtschaft aufzulegen;
11. die Agrarforschung, die Lehre und die landwirtschaftliche Ausbildung stärker als bisher auf die Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft auszurichten.

Berlin, den 26. September 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

